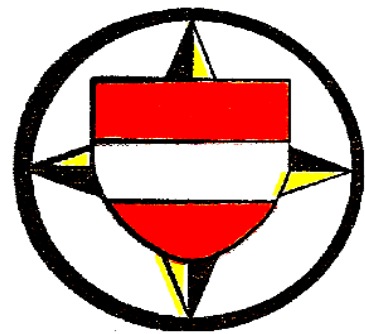


Journal für Monarchisten



Extraausgabe 3



Europa – Gedanken II

PROLOG:

Auf Facebook habe ich öfters einen empfohlenen Vorschlag in meiner Chronik vorgefunden, die die EU-Vertretung in Wien gepostet hat. Die EU-Vertretung will mit den Bürgern in Kontakt und ins Gespräch kommen. Na so was! Wissen sie nicht mehr, was sie mit sich anfangen sollen oder können? Oder müßen sie ihre Existenzberechtigung nachweisen? Egal, ich habe mich vor meinem geistigen Auge vor Lachen gekrümmt. Nach meinem Empfinden und meiner Wahrnehmung denke ich, ist die Wahrscheinlichkeit, daß die EUphoriker in der Bevölkerung sich langsam auflösen und sich von der EU abwenden. Die Sache mit der EU ist durchaus vergleichbar mit der Christianisierung Europas. Am Beginn wurde die Missionierung aus der Überzeugung heraus gemacht, daß es das Richtige ist, die Idee des Christentums unter und in die Völker zu tragen. Soweit war es auch das Richtige. Doch mit der zunehmenden Macht einer Kirche wurde aus der sehr guten Idee genau das gemacht, was sich nicht mehr mit dem Inhalt vereinbaren läßt. Und ganz genauso war es mit der EU, nur, daß hier nicht ein höherer Sinn angestrebt wurde, sondern schlichtweg nur ein Schlachtfeld für Politiker geschaffen wurde, die zu Hause keinen Platz haben.

Dabei ist die Idee Europa sehr wohl das Beste, was Europa seit hundert Jahren an Positiven hervorgebracht hat. Doch wie bei der Christianisierung, die Idee wird nur dem Mißbrauch preisgegeben. Gerade bei der Idee Europa haben sich sehr wohl die Unfähigsten, die von dieser Idee wirklich keine Vorstellung haben, sich dieser Idee bemächtigt. Im Gegensatz zur Kirche, wo sich durch deren Struktur nur die Intelligentesten, aber nicht auch gleichzusetzen mit entsprechendem Charakter, durchsetzen und darauf achten, daß es eine kontinuierliche Entwicklung gibt, fehlt dies bei der EU. Nun kann der Kirche zu Gute kommen, daß es hier keine Demokratie, wie im weltlichen Leben, gibt, was für die Kirche gut ist, sonst wäre sie nicht seit zweitausend Jahren existent. Doch die Fehler, die bei der EU gemacht wurden, das würde nicht einmal die Kirche zu Stande bringen, weil sie ihren Inhalt mit einer Form umgibt, die zusammenpaßen. Doch die EU beruft sich auf eine Idee und versucht diese Idee in deren Form zu zwängen, statt die Idee zu betrachten und sich darum herum die entsprechenden Formen entwickeln zu lassen.

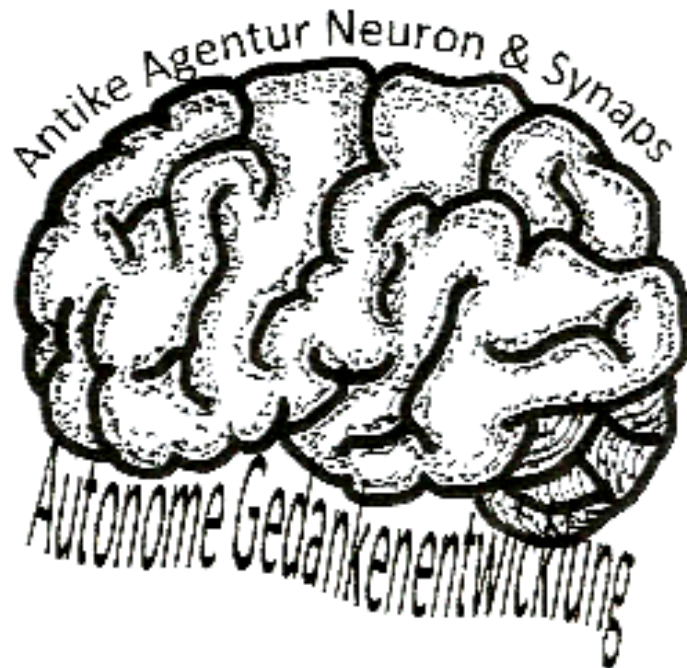
Es ändert zwar nichts daran, daß die Differenz zwischen dem Verständnis der Idee und der Illusion der EU immer größer wird. So bi ich bei allem Spott über die EU in keinem Fall ein Gegner der Idee Europas, im Gegenteil, die Idee Europa gehört zu mir als Monarchist, wie die Luft zum Atmen für jeden Menschen. Denn gerade die Idee Europa hat die Ursache in und aus der Donaumonarchie. Nur habe ich absolut kein Verständnis dafür, was aus der Idee Europa gemacht wurde und wie damit permanent umgegangen wird. Das sollte auch erklären, daß ich die EU-Vertretung nicht ernst nehme. Dies könnte sich durchaus ändern, wenn ich feststellen kann, daß die EU-Vertretung es ernst meint und wirklich auf die Suche nach Ansichten, Gedanken, Ideen und Vorstellungen geht und von sich aus das Gespräch sucht. Doch der Zweifel wird noch lange bestehen bleiben, weil das Vertrauen nicht mehr vorhanden ist und es langsam von Seiten der EU wieder aufgebaut werden müßte.

Aber ich werde nicht der Gefahr ausgesetzt sein, daß meine Ansichten und Meinungen wirklich gefragt sind. Denn wäre dies der Fall, dann hätte sich die EU-Vertretung bereits gemeldet. Zudem kann ich mit Protagonisten nichts anfangen, die nur die Buchstaben der Gesetze erfüllen, aber keine Chancen und Möglichkeiten wahrnehmen um zu gestalten und vor allem auch deswegen, weil die meisten Probleme, die die Menschen betreffen die Kreaturen, die bei der EU arbeiten, die Politiker inklusive, nur von den Begriffen her kennen. Und ich halte sie auch für nicht fähig frei zu denken und noch weniger für bereit die Dinge zu ändern, die dringend not-

wendig zu ändern wären. Ich bin mir gewiß, daß für jede noch so gute Idee für eine Lösung die gesamte vorhandene Energie aufgewendet wird, alle Argumente zusammenzutragen, die sich dagegen stellen. Was also soll dann ein Kontakt mit der EU-Vertretung? Gut, es ist immer noch besser mit den Unbelehrbaren sich zu unterhalten, vielleicht gibt es einige Impulse, aber vom menschlichen Verständnis und Standpunkt aus betrachtet, halte ich dies für sehr unwahrscheinlich. Doch Wunder gibt es immer wieder.

Nun, ich kann hier nur die grundsätzlichen Vorstellungen im Groben vorlegen. Jede differenzierte Ausarbeitung macht nur dann einen Sinn, wenn das echte Interesse vorhanden ist und so zu einer entsprechenden Diskussion führen wird. Nur dem Anschein von Interesse zu huldigen reicht nicht aus. So kann sich jeder die eigenen Gedanken machen und es für sich selbst ausarbeiten.

Es sind hier auch nicht die diversen Gedanken zur Erhaltung der Kulturgüter im gesamten Umfang und Breite des Feldes. Von der Sprache bis zu den Objekten, die unsere gesamte Geschichte und Vergangenheit ausmachen. Aber beginnen wir erst einmal mit dem aktuellen Gedanken, den Gedanken, die nicht zu denken uns in die nächste dunkle Epoche der absoluten Dunkelheit bringt. Wir stehen bereits vor dem Tor zur dieser Dunkelheit.



STRUKTURFRAGEN

Die Einrichtungen der EU, vor allem die Fachagenturen, haben nicht mit Personal aus allen Mitgliedsländern besetzt zu werden, sondern mit Personen, die vom Fach sind. Sie haben auch als Anlaufstellen für die Vorschläge aus den Ländern, der Menschen zu dienen und Gedanken und Ideen, die eingereicht werden, zu bearbeiten. Denn es ist nicht die Aufgabe der EU Gesetze und Vorschriften zu erlassen, gleichgültig auf welchen Wegen, denn das ist die Aufgabe des EU-Parlamentes. Selbst dann, wenn dieses überfordert ist, was eigentlich bei dem Ungeist der Zielsetzung der EU kein Wunder ist.

Es ergibt sich nicht nur aus der Tatsache der Überforderung der EU und damit meine ich alle Einrichtungen, von der Kommission bis zum Parlament, betroffen sind und sich offensichtlich eine eigene Wirklichkeit schafft, daß zwar die Idee Europa nichts mit der EU gemein hat und dennoch es zumindest eine bestehende Möglichkeit ist, daß die Idee Europa nicht verloren ist. Nur sind dazu Änderungen notwendig, die mit der vorhandenen EU im Gesamten nichts mehr zu tun hat, aber dafür einen Neubeginn für Alle schaffen könnte.

Jedenfalls ist die Entwicklung derart, daß es eine Fortsetzung der Eroberungskriege im Sinne von Napoleon und Hitler mit anderen Mitteln erscheint. Denn, was diese Herren mit Gewalt nicht erreicht haben, schaffen die EUphoriker mit Gesetzen und Vorschriften, sowie mit ideologischer Unterstützung zumindest genau jener Geisteshaltung, welche in den realexistierenden System sich selbst abgeschafft haben und nur in anderen Kontinenten mit Gewalt noch erhalten werden. Aber diese sind ja weit weg und daher können wir gefahrlos kritisieren. Am besten vom Sofa aus. Der Platz des himmlischen Friedens läßt grüßen.

Da unter Strukturfragen allem voran die Frage, wie können und müssen die Einrichtungen für Europa aufgebaut sein und welche Funktionen erfüllen. Erst einmal sind die Vorstellungen auszubereiten und zu diskutieren und dann können wir weiter reden und weitermachen. Doch so, wie es bisher und derzeit ist und geschieht, so kann es nicht sein und schon gar nicht weitergehen. Das, was die heutige EU macht, hat ganz sicher nichts mehr mit der Idee Europa zu tun. Denn Europa als Kontinent und mit einer echten Vielfalt an Geschichte im nationalen Bereich und gleichzeitig in der gesamteuropäischen gemeinsamen Geschichte, sowie Kulturen und Gesellschaften, macht diesen Kontinent zu etwas Besonderem.

Diese Besonderheit Europas zeigt auch, daß sich lange vor der Idee Europa schon die Kulturen gegenseitig befruchteten. Hier denke man nur an die Architektur, die Wissenschaften und so weiter. Epochen haben sich gegenseitig immer angetrieben. Davon leben die Tourismuseinrichtungen. Auch oder ganz besonders in den Republiken werden die Errungenschaften aus den Zeiten der Monarchien als Wirtschaftsfaktor genutzt. Ob dies für die diversen und sehr vielen Objekte nun gut ist oder nicht, ist eine völlig andere Diskussion. Aber es ist und bleibt unbestreitbar die Ursache, daß wir zwar den Nutzen daraus wollen und nehmen, jedoch den Geist verleugnen. Denn die Idee Europa entstand auch aus der Monarchie, der Donaumonarchie, wie wir bekanntlich wissen. Es ist in keinem Fall das Verdienst der Politiker, die nach dem letzten Weltkrieg daraus diese Idee entwickelt hätten. Und zudem kommt diese Idee auch noch von einem Altösterreicher.

Und sicher stellte er sich Europa nicht so vor, wie es heute gehandhabt wird. Ich kann davon ausgehen, daß es sicherlich in seinem Sinne gewesen wäre, wenn zunächst einmal mit Argumenten die Idee Europa den Menschen vorgestellt hätte und nicht den Menschen die Wirtschaftsinteressen vorzusetzen und mit Arbeitsplätze und sonstigen Vorteilen zu kommen. Denn für

diese Idee braucht es Geist, Identität und den Willen der Menschen zur Einheit und nicht das, was die Politiker wollen. Was daraus geworden ist, kennen wir und leiden darunter. Dies jedoch nicht wahrzunehmen ist eine markante Eigenschaft der EU-Betreiber und deren Mitarbeiter. Wir brauchen keine Jubel-EU, sondern einen Neubeginn der Idee.

Das fängt schon da an, daß wir, wenn wir Europa als ein geschlossenes Gesamtgebilde nach außen repräsentieren wollen, wir nicht für jedes Land eine Botschaft brauchen, sondern für Europa würde eine einzige Botschaft in jedem außereuropäischen Land reichen. Daß dies nicht möglich ist, liegt nicht an den Ländern, sondern an Brüssel, der EU selbst. Daher kann die Idee Europa nur in einem anderen System funktionieren, welches jedoch den Horizont der EUphoriker bei Weitem übersteigt, weil ihnen der Selbstbedienungsladen EU wichtiger ist, als die Idee selbst.

Denn, mit was beschäftigt sich die EU wirklich? Mit den Problemen und Sorgen der Menschen? Wohl kaum. Doch die Vorlagen aus den dunklen Zeiten Europas für die EU neu zu denken kann nur einem Geist entsprechen, der mit Freiheit und Demokratie noch weniger kompatibel ist, als USA und Sozialstaat oder China und Demokratie oder Nordkorea und Religionsfreiheit. Vielleicht sind diese Vergleiche auf das gleiche Niveau zu stellen, aber mehr nicht.

Dennoch hat Europa eine Chance aus sich Etwas zu machen, was anderen Ländern in dieser Größenordnung noch lange nicht gegeben ist, nicht einmal den USA. Nur wird dies daran scheitern, weil die entsprechenden Persönlichkeiten zwar vorhanden wären, jedoch diese konsequent davon abgehalten werden ihre Fähigkeiten und Autoritäten für die Idee Europa so einzusetzen, wie es Europa bräuchte.

Denn Europa kann nicht nach den vorhandenen Vorstellungen regiert werden, ohne daraus ein totalitäres System zu machen, also eine Diktatur zu errichten. Und natürlich in der logischen Folge mit allen Einrichtungen, die für eine Diktatur benötigt werden, wie Umerziehungslager oder auch Konzentrationslager genannt, Gesinnungsterror über die Gesetzgebung und so weiter. Doch das ist nicht das Europa in dem ich geboren wurde, lebe und sterben werde. Es ist auch nicht das Europa, welches in der Idee des Paneuropas seinen Widerhall gefunden hat. Es ist ein Europa des Ungeistes, welcher erst von Napoleon und dann von Hitler und dazwischen von vielen kleineren und größeren Diktatoren beherrscht wurde. Nur haben selbst die Nachkommen des sowjetischen Imperiums mehr gelernt aus der Geschichte, als wir Europäer mit unseren Vorstellungen von Demokratie und Freiheit.

Sicher kann ich nicht Rußland oder China oder die USA mit Europa vergleichen, denn diese Länder waren schon immer geschlossene Staatgebilde. Von denen die USA sicher mehr nach dem Kettenprinzip funktionieren, da jeder Bundesstaat mehr Kompetenzen hat, als die meisten Länder bei uns und durch die EU heute immer weniger Kompetenzen haben und haben werden. Dennoch könnten wir Maßstäbe setzen, an denen sich die anderen Länder orientieren könnten. Doch dazu braucht es wiederum Persönlichkeiten mit Charakter und Autorität, die nicht von Parteiinteressen oder Länderinteressen geleitet werden, sondern Europa als Ganzes im Blick haben. Diese Personen gibt es. Doch dazu braucht es überarbeitete Definitionen und mehr noch Gesellschaften, die genügend Geist haben, sich im Denken frei und unabhängig zu betätigen und die Zusammenhänge zu erkennen.

Da es jetzt großzügiger Weise ein Rederecht im österreichischen Parlament für EU-Abgeordnete gibt, was eigentlich von vornherein eine Selbstverständlichkeit, mehr noch eine Pflicht wäre, weil schließlich die EU-Abgeordneten im Namen ihres Landes in Brüssel sitzen, kann dies auch auf die Institutionen angelegt werden. Reichen EU-Vertretungen aus? Wohl kaum, denn das, was die EU macht, ist genauso als Informationspflicht zu sehen und zudem wäre es

auch die Pflicht als europäische Plattform für jedermann zu dienen. Das heißt, auf der einen Seite sind über die Aktivitäten zu berichten und auf der anderen Seite Gedanken und Ideen aus den Ländern in ganz Europa zu verbreiten.

Sicher geschieht dies in einem Rahmen, welchen ich nicht als ausreichend betrachte und genauso wenig als angemessen für die Menschen in Europa. Ich habe durchaus ein Verständnis und kann es nachvollziehen, daß die EU sich auf einen oder nur sehr wenige Orte konzentriert, was jedoch nicht heißt, daß durch die EU-Vertretungen nicht die volle Fülle dessen wahrgenommen wird, was sowohl notwendig, wie auch angebracht wäre. So wird aus der EU nur ein zentralistisches Gebilde, was nichts mit Europa gemein hat. Daher sind die vorhandenen Strukturen als Mindeststandard zwar derzeit ausreichend, damit das Mehr an Europa machbar würde, aber das hängt ausschließlich wieder davon ab, welche Charaktere in der EU das Sagen haben.

REGIONALISIERUNG UND **PROVINZIALISIERUNG**

Wenn Europa in eine funktionierende demokratische Struktur gebracht werden soll, die über die nationalen Strukturen hinweg funktionieren sollen, dann sind völlig neue Definitionen zu diskutieren, sowie völlig neue Einteilungen unserer Länder vorzunehmen. Das heißt jedoch nicht, daß dabei die nationalen Strukturen abgeschafft oder ersetzt werden sollen, nein nicht dürfen, sondern es bedeutet, daß definierte Einheiten sich völlig neuen Wegen der demokratischen Vorgangsweisen in Europa sich eröffnen und gegangen werden sollen.

Damit die Idee Europa auch praktisch angewandt werden kann und zugleich den Anspruch demokratischen Verhaltens erfüllt, sind nach dem Prinzip der Kette Regional- und Provinzialparlamente einzurichten, die nicht starr in ihrem Bereich sind, sondern die einzelnen Gebietsvertretungen sich nach den Bedürfnissen mit anderen entsprechenden Parlamenten zusammentreten. Diese Regional- und Provinzialparlamente haben den Sinn, daß die Probleme, die vor Ort sind, auch von jenen gelöst werden, die es betrifft.

So sind die einzelnen Verwaltungseinheiten naturgemäß immer nur mit den Nachbareinheiten verbunden und nicht quer über und durch den Kontinent mit Verwaltungseinheiten. Das heißt, diese Verwaltungseinheiten treffen immer nur die Beschlüsse, die diese auch betreffen. Damit können die Probleme mit Sicherheit besser gelöst oder behandelt werden, als durch die Tatsache, daß irgendwo weit von dem Ort des Geschehens in einem Gremium Etwas beschlossen wird, was dann auch jene Gebiete betrifft, die damit nichts zu tun haben.

Gerade die Verkehrspolitik, wie auch die Kulturpolitik gehören vor Ort gemacht und nicht zentral und für die einzelnen Hauptstädte für die Politiker. Zudem gibt es noch sehr viele Bereiche, die nach unten abgegeben werden müssen, weil vor Ort es um ein vielfaches besser ist die Probleme zu behandeln. Der Vorteil hierbei ist, daß es innerhalb von Europa zu einem Wettbewerb kommen kann. Nicht die Gleichheit, sondern die Unterschiede bringen uns Alle weiter. Welche Region hat die besten Schulen, Theater und so weiter. Auch ist die Kontrolle der Finanzen so einfacher, effizienter und effektiver, als zentral.

Da es bei einer Regionalisierung und Provinzialisierung über die nationalen Grenzen geht, weil sich die zu behandelnden Interessen und Probleme nicht auf definierte Gebiete beschränken, würde sich hier zeigen, wie sehr die Idee Europa vor Ort Fuß gefaßt hat und in das Bewußtsein gedrungen ist. Es ist dies auch die Grundlage für Alles, was sich dann als europäisch oder Euro-

pa bezeichnet. Nur so kann darauf aufgebaut werden und nicht, wie bisher, bevor die Idee Europa durchdacht und die entsprechenden Fragen dazu gestellt werden können, einfach Etwas vorgeben, was Alle zu akzeptieren haben.

Zudem sollen Parteien, wie wir sie derzeit haben, abgeschafft werden, damit jedoch die Möglichkeit sich ergibt, daß für diese Parlamente aus der Masse der interessierten Personen für diese Ebene die Vertreter zu Wahl vorgestellt werden können. Es dürfen keine Parteiidioten diese Positionen einnehmen, die für die Parteien aus vielen Gründen nur Versorgungsstellen wären. Nein, diese Regional- und Provinzparlamente haben und sind mehr als es sich so offenbart.

Der Unterschied zu den lokalen, also Länderparlamente und nationalen Parlamenten ist, daß sich viele Kompetenzen so nach unten in die Bevölkerung bringen ließen, die von besagten Parlamenten nicht in jenem verantwortungsvollen Maße behandelt werden und werden können, wie es geboten ist. Die Ferne, die bisher für die notwendigen übergreifenden Probleme vorherrschen, sollen so zurück in die Nähe der Bevölkerung gebracht werden. Zudem sind durch die Flexibilität der Zusammensetzung die Möglichkeiten vorgegeben, also beschränkt. Daher können in den jeweiligen Umfeldern durch die Vorbereitung bei den Themen vor der Beschlußfassung der jeweiligen Parlamente die Arbeit effizienter und effektiver gestaltet werden.

Dadurch ergäbe sich ein Vorteil für die EU als Verwaltungs- und Koordinationsinstrument, welches die Demokratie auch auf die Größe Europas anwenden ließe. Denn die Probleme unten können vor oder am Ort gelöst werden und daher wird nicht Alles über einen Kamm geschert. Denn der absolute Schwachsinn ist es, dem Irrglauben nachzulaufen und zu glauben, Alle sind gleich. Damit wird das Gegenteil erreicht, was man eigentlich will, vorausgesetzt man will es. Hier sind berechtigte Zweifel angebracht. Solange nicht einmal die Bereitschaft besteht sich völlig neuen Gedanken und Ideen zuzuwenden und so eine Diskussion zu führen, die sich ebenso gegen einen totalitären Mainstream richten, der augenscheinlich und offensichtlich nicht den queren ideologischen Vorstellungen Vieler entsprechen, als auch damit zu einem Umbruch der Systeme führen würde und kann, damit die systembedingten Fehler und Fehlentwicklungen beseitigt werden und somit ein Neubeginn und Neuaufbau ermöglichen würde, solange wird nur dafür gesorgt, daß der Boden für eine Katastrophe bereitet wird.

Gerade in Fragen der Landwirtschaft ist auf regionaler oder provinzieller Ebene das zu machen, was wir für gesunde Lebensmittel brauchen, für alte Sorten tun können und so weiter. Auf der Gesamtebene sind ausschließlich die allgemeingültigen Regeln, Vorschriften und Gesetze zu beschließen, die durch die Regional- und Provinzialparlamente nach oben abgegeben werden. Was unten gebraucht wird, kann nicht von oben angeordnet oder beschlossen werden. Europa hatte unter Karl dem Großen bestens funktioniert, weil er als Kaiser nur die Grundziele und Prinzipien vorgegeben hat, jedoch die Umsetzung den jeweiligen Ländern überlassen hatte. Und nur so kann in der Zukunft auch das heutige Europa funktionieren. Keinesfalls als Lakai der USA.

SINNHAFTHKEIT VON PROGRAMMEN

Welchen Sinn machen die Programme, die von der EU aus initiiert wurden und werden? Außer, daß sie sehr viel Geld kosten und selten einen echten Nutzen bringen. Zudem wird hier ein Jugendwahn gepflegt, der nur wenig Sinn im Sinne der EU macht. Denn es gibt sehr viele Aktivitäten, die den Sinn der EU erfüllen würden, aber durch die Vorschriften und Gesetze mehr verhindern, als fördern.

Viele Vereine und kleine Organisationen, haben nicht die Möglichkeit die derzeitigen Vorgaben zu erfüllen. Wenn daher für die „Subventionierung“ der Arbeit eine Teilnahme von Vereinen oder Personen aus mindestens sieben anderen Ländern der EU brauchen, dann sollte einmal überlegt werden, was die EU eigentlich will. Denn die Idee von Europa können zwar Alle hochhalten, aber wenn es darum geht konkrete Aktivitäten oder Projekte zu machen, wie soll die machbar sein, wenn dies in Europa nicht bekannt ist? Und dazu kommt, die meisten Vereine oder Organisationen können es sich nicht leisten entsprechende Aktivitäten und Projekte europaweit zu initiieren, weil sie dafür nicht die Mittel haben es bekannt zu machen und in Folge auch nicht die Kosten tragen, die entstehen.

Die vielen Aktivitäten und Projekte, die ganz Europa zu Gute kommen könnten, brauchen nicht erst sieben Länder, sondern die Unterstützung erst einmal im Kleinen, vor Ort. Sind sie gut, dann wachsen sie sich aus und können so übergreifen und auch in den anderen Ländern Fuß faßen. Doch von oben herunter zu beginnen, ist nur die Verhinderung und tötet jede Möglichkeit ein Bewußtsein für Europa aufzubauen. Dem gegenüber steht die EU. Es ist nur eine Geldvernichtung der Steuermittel oder Geldverschwendung, wenn sinnfreie Bürokratie als Barrikade den meisten Aktivitäten und Projekten im Wege stehen. Welche Programme machen eigentlich noch Sinn?

Die sinnvollsten Programme sind die einfachsten Ideen. Der Nachteil ist dabei, daß das Verständnis dafür nicht gegeben ist, weil damit weit über den Horizont gegangen wird. Es ist dies eine aus der Erfahrung gemacht Erkenntnis, denn wenn das Verständnis vorhanden wäre, dann wären sehr viele Aktivitäten und Projekte in die Umsetzung gekommen, die den Zielen der EU entgegenkämen. Doch da die Ziele der EU in eine Richtung gehen, die nichts mehr mit Europa gemein hat, wird es auch nie dazu kommen, daß für die Entwicklung Europas das Notwendige gemacht wird. Vielmehr dürften die großen Diktatoren Hitler und Stalin im Nachhinein gewinnen. Aber das ist ein eigenes Thema.

Und wenn wir Programme erstellen, dann haben diese Programme sich nicht nach den ideologischen Dummheiten und Vorstellungen zu richten, sondern nach den althergebrachten und bestehenden Notwendigkeiten auszurichten. Doch wenn sich die Politik nach dem niedrigsten Niveau orientiert, dann sollte es niemanden wundern, wenn nichts mehr wachsen kann. Europa zu einem Kontinent einer stumpfsinnigen Masse machen zu wollen, wird so enden, wie die Französische Revolution, nur in einem schlimmeren Ausmaß, als es selbst unter Hitler und Stalin geschah.

Zudem erscheint die Entwicklung der EU sowieso dorthin zu gehen, wo Hitler und Stalin endeten, in einer Diktatur, einem totalitären System mit den bekannten Methoden. Mag dies Vielen in ihrem Denken entsprechen und dem Geisteszustand der derzeitigen Protagonisten entgegenkommen, Eines ist sicher, niemand hat aus der Geschichte gelernt und niemand ist fähig die Konsequenzen abzuschätzen. Doch Demokratie kann nicht in dieser Größenordnung so funktionieren, wie auf Ebenen kleiner Einheiten. Es geht um die Übersicht, die Überschaubarkeit. Selbstverständlich gibt es übergeordnete Interessen, die Alle betreffen. Doch diese sind nicht in jenem Ausmaß gegeben, wie die Interessen, die sich auf Regionen oder Provinzen beziehen. Und dort findet auch die Demokratie statt.

Deshalb sind die Programme nach den Wünschen und Bedürfnissen der kleinen Einheiten abzustimmen. Zudem müssen die Menschen die Kosten dafür tragen, wenn solche Programme ins Leben gerufen werden. Daher ist die Sinnhaftigkeit zu hinterfragen. Besonders bei den Fragen der Bildung. Der Studentenaustausch ist zweifelsfrei zu fördern, aber sicher nicht die Gleichmacherei des Niveaus. Es hat seine Gründe, warum die alten Universitäten nach Intelli-

genz arbeiteten und nicht nach dem Vorwand des sozialen Status, wie es aus ideologischen Vorstellungen getan wird. Wer zu dumm für die Universität ist, der sollte sich eine andere Berufsausbildung suchen.

Werden jedoch Programme zur Diskussion gestellt, die für die Bildung eines europäischen Bewußtseins geeignet sind, dann würde es durchaus Sinn machen auch darüber nachzudenken, was die EU-Einrichtungen konkret machen sollten und könnten, ohne dafür Geld zu verschwenden oder einen administrativen Aufwand zu betreiben, der eine Diskriminierung der in Armut lebenden Menschen ist. Denn, was mit der Verschwendung der Gelder getan wird in Bezug auf die Nützlichkeit, könnten vielen Menschen direkt geholfen werden und sie müßten nicht um ihre Existenz Angst haben.

Was wir in Europa brauchen sind Programme mit denen wir Menschen beschäftigen können und diese auch zu bezahlen. Das heißt, statt Geld für einen Aufwand zu verschleudern, wäre es angebracht, wenn Projekte ins Leben gerufen werden, diese richten sich gegen alle ideologischen Vorstellungen, aber dies hat überhaupt keine Bedeutung, und damit Menschen eine Beschäftigung zu verschaffen. Das wäre jedoch nur eine Frage der optimalen Planung und Vorbereitung, aber würde langfristig mehr Nutzen bringen, als die Erfüllung der Dummheit der EU-Gesetze und Vorschriften. Denn die langfristige Wirkung kann nicht geplant werden, sie entsteht und ergibt sich.

Daß jedoch niemals alle Betroffenen sich solchen Programmen anschließen würden, ist die eine Seite, die andere Seite aber ist, daß die Freiwilligen sicherlich mehr sein werden, die an solchen Programmen teilnehmen würden. Und diese könnten sich so langsam in die sogenannte normale, also normierte Gesellschaft hineinarbeiten. Denn mit Menschen, die kein Geld haben um den Konsum anzukurbeln, kann die Wirtschaft auch keine Geschäfte machen. Ein sehr einfaches Prinzip. Und auf Schulden, wie es gewollt ist, die Menschen langfristig zu Sklaven zu machen, ist eine ideologisch politische Zielsetzung und Interessensumsetzung, aber hat mit Europa keine Gemeinsamkeit, was die Idee von Europa betrifft.

KOMMUNIKATION

Die Kommunikation innerhalb der EU mag für die EU eine Privatsache sein, daß heißt, wer Etwas von jemandem Anderen will, muß sich selbst darum kümmern, ist sicherlich völlig richtig. Dennoch geht es darum, daß Gedanken und Ideen verbreitet werden können, die für die EU möglicherweise in der Entwicklung zum Vorteil der Menschen weiterbringen könnte, dann wäre es eine Aufgabe der EU-Einrichtungen, daß die entsprechenden Stellen solche Gedanken und Ideen zur Kenntnis bekommen.

Auch stelle ich die interne Kommunikation der EU und deren Einrichtungen nicht in Frage, schließlich geht es die Bevölkerungen ja nichts an, was und wie sich die EUphoriker miteinander und untereinander absprechen, aber das ist etwas Anderes als die Kommunikation der Menschen. Die Menschen könnten ja Gedanken und Ideen haben, die viele Probleme lösen würden, aber das ist nach dem Mainstream und der Entwicklung unerwünscht, weil die Zunahme der Probleme schafft Grundlagen, die zur Rechtfertigung dienen, die Menschen vor Gefahren zu schützen und somit die Freiheit abzuschaffen und was auf dem Weg dorthin sonst noch im Wege ist.

Ohne jeglichen Zweifel mag ich mich auf dem Irrweg befinden oder auch nicht. Nur kann und darf mir niemand irgendwann einmal vorwerfen, daß ich Nichts getan habe. Ich habe nur keine Lust der Dummheit zu erklären, daß die strahlende Zukunft nur ein Irrlicht ist, dem fast Alle

folgen. Vielmehr wäre es die Aufgabe der EU und der Einrichtungen, daß sie Plattformen schaffen, auf denen alle Europäer ihre Gedanken und Ideen vorstellen können und nach Interessenten suchen. Wer einen Nutzen haben will, muß erst einmal dafür Etwas tun, damit es dazu kommen kann.

Es ist nicht die Aufgabe von Privatpersonen die Agenden der EU zu übernehmen. Statt zu kasieren und mit viel Aufwand als Subventionen zum Teil zurückzuschicken, wäre die intelligente, auch bei Überforderung, Verwendung der Gelder angebracht. Das Thema Subventionen sind ein Grundsatzthema, denn die Art und Weise ist schlichtweg der organisierten Kriminalität zuzuordnen, aber ganz sicher nicht kompatibel mit freiheitlich-rechtsstaatlicher Demokratie, soweit es noch eine solche in Europa gibt.

Selbst die Kommunikation zwischen den Bürgern und den EU-Einrichtungen ist es nicht die Aufgabe, daß die Bürger gehorsam und wohlgefällig bei einem Angebot mit den EU-Institutionen das Gespräch suchen sollen, sondern die EU hat zu den Bürgern zu kommen und sich langsam durch die Bevölkerungen fragen. Es gibt genügend Kontakte, die die Vertreter der EU hätten, damit sie beginnen könnten.

MIßACHTUNG DER PROBLEME UND **SORGEN DER MENSCHEN**

Die Flüchtlingsproblematik und die Asylpolitik in der EU ist nicht eine Frage der einzelnen Nationalstaaten, sondern der gesamten EU. Doch wie allgemein bekannt ist, sind die Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten nur schwer auf ein Niveau zu bringen. Auf der einen Seite haben die einzelnen Länder diese Problematik zu lösen, auf der anderen Seite steht die EU im Gesamten ohne Visionen vor diesen Problemen.

Wenn dann noch die Interessen und Sorgen der Menschen derart mißachtet werden und nur Interessen im Mittelpunkt stehen, die selbst den Menschen zuwider laufen, dann kann sich die EU nicht darauf berufen, daß die Ablehnung ein Irrweg sei, der durch sogenannte Populisten und Demagogen propagiert wird, sondern es ist die Unbelehrbarkeit und Erstarrung der EU selbst die Ursache dafür. Jeder Rechte steht auf dem Boden des Rechts und hängt sicher nicht ideologischen Sichtweisen an, von denen wir allgemein wissen, was sie in der Vergangenheit angerichtet haben. Aber die Protagonisten der EU können selbst nicht besser sein, als ihre eigene Bildung es zuläßt.

Die Anpaßung der Bildung nach unten mag den Dummheit und damit der Masse und Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kommen, aber für die Idee Europa eine der Ursachen für die Selbstzerstörung.

Die Quartierfrage für Flüchtlinge und Asylanten kann auf Dauer und langfristig nicht nach den derzeitigen Vorgaben gelöst werden. Es wird neue Wege brauchen, wie wir diese Frage beantworten können. Aber dabei sind viele Faktoren zu beachten. Denn wie die Politik an diese Frage herangeht, ist derart untauglich, daß es schon wieder beschämend für uns Alle ist.

Die Herangehensweise an diese Problematik gibt uns die Chancen und Möglichkeiten, daß wir dabei auch Probleme lösen könnten, die offensichtlich nichts miteinander zu tun haben. Und dennoch würde es dazu führen, daß wir mehr zu Stande bringen und mit einem geringeren Aufwand, als wenn wir jedes Problem für sich lösen würden. Wir müssen nur die gemeinsamen Nenner suchen und finden.

LÖSUNGSANSÄTZE FÜR DIE FLÜCHTLINGSPROBLEMATIK

Die Bilder, die uns das Fernsehen ins Haus liefert zum Thema Flüchtlinge sind die eine Seite des Problems, die andere Seite des gleichen Problems ist, mit welchen Methoden wir dieser Problematik entgegentreten. Und hier sind nicht nur die Behörden heillos überfordert, weil es nicht die Fluchtbewegung als solche ist, sondern die Masse. Dabei treten die Gründe schon in den Hintergrund, wie sich so viele Menschen die teuren Schlepperkosten leisten können. Dies kann nur dann beantwortet werden, wenn wir die altrömische Frage stellen, wem nützt es?

Doch denken wir nur daran, wie wir diese Massenflucht, welche schon das Ausmaß, wie zu Zeiten der Völkerwanderung annimmt, in den Griff bekommen. Die zu erwartenden Vorschläge der Politiker, ob diese aus dem eigenen Denken entstanden sind oder nur die beschlossene Meinung aus deren Parteien sind, hat keine Bedeutung. Doch hier ist die Gefahr zu erkennen, wenn man genau hinschaut, daß hier wieder nur den verpönten Populismus beansprucht, weil die herrschenden Parteien und Politiker nicht mehr wissen, was sie machen sollen.

Dabei liegen die meisten Lösungen bei den Flüchtlingen selbst. Gut, ich weiß und bin mir bewußt, daß dafür zu Wenige denken und so meine Ansichten von vornherein verteufeln, aber dennoch habe ich jenen Vorteil, den die Politik schon lange für sich selbst abgeschafft hat, das eigenständige Denken und Meinungen zu vertreten, die nicht in Normen gegossen und von Gremien beschlossen wurden. Daher kreuzen sich auch einige Gedanken mit Äußerungen, die von Politikern gemacht wurden, aber diese nur als Denkanstöße betrachten, denn sie wollen gewählt werden. Und die EU steht sowieso in der Sackgasse und hängt dich zudem Interessen an, die nicht die Interessen der Europäer sind. Aber das ist hier nur eine Randbemerkung.

Zuerst einmal sind die Grundzüge bereits vorhanden, jedoch fehlen die Definitionen. Denn es muß scharf getrennt werden zwischen Asyl, Flucht und anderen Gründen in unsere Länder zu kommen. Wieweit die heutigen Amts- und Funktionsträger inklusive Politiker noch genügend Wissen aus der Schulzeit haben, besonders die Kenntnisse aus dem Geschichtsunterricht, wenn es überhaupt gelehrt wurde, ist das Asylrecht ein der damaligen Kirche gegebenes Recht, Menschen die verfolgt wurden und von den zuständigen Geistlichen als schützenswert erachtet wurde, diesen Menschen oder diese Menschen vor den Verfolgern zu schützen. Und wer von den Verfolgern dieses Recht mißachtet hatte, hatte durchaus mit drakonischen Strafen zu rechnen. Asyl wurde solange gewährt, bis sich die Situation geklärt wurde und entsprechende Verfahrensweisen festgelegt wurden.

Asyl ist kein Grundrecht, wie der allgemeine Schutz der Flüchtlinge, welche aus Gründen, wie Krieg, allgemeine Verfolgung aus Gründen der Rasse, Religion, politischer Gesinnung und den sonstigen festgelegten Gründen ein Recht auf Schutz haben. So ist der Schutz von wirklichen Flüchtlingen etwas Anderes, als das Asyl. Asyl ist und bleibt auf einzelne individuelle Probleme begrenzt und kann wie im Mittelalter bei uns nur von der Kirche wahrgenommen werden. Wie also dann die Kirche heute damit umgeht, vorausgesetzt, wir gehen zurück auf die ursprünglichen Bedeutungen der Begriffe, dann könnten wir schon einen Schritt weiter sein bei der allgemeinen Lösung des Flüchtlingsproblem.

Unterscheiden wir hier nun die Flüchtlinge, die durch höhere Gewalt, also den vorgegebenen Kriterien entsprechend flüchten, wie Kriege und Katastrophen, sowie den individuellen Kriterien Religion, Rasse, politische Gesinnung und dergleichen, dann bleiben nur noch die Flücht-

linge übrig, die aus wirtschaftlichen Gründen herkommen. Letztendlich haben alle Flüchtlinge einen gemeinsamen Grund, diese haben alle systembedingten Ursachen. Die Faktoren dafür sind so vielfältig, daß dies hier kaum von Bedeutung ist, aber dafür ein eigenes Thema.

Nun, trennen wir die Wirtschaftsflüchtlinge, dann haben wir also drei Gruppen. Jene, die wirklich Asyl brauchen, jene die der Flüchtlingskonvention unterliegen und die aus wirtschaftlichen Gründen bei uns ein besseres Leben suchen. Für Lösungen fange ich in umgekehrter Reihenfolge an. Denn die Wirtschaftsflüchtlinge sind eine Frage der Politik und der Wirtschaft. Die Ursachen dafür liegen weit in der Vergangenheit, als wir uns Kolonien leisten wollten, im Wahn von Größe. Doch wie wir wissen, die großen Imperien haben sich aufgelöst und die Reste sind mehr Reminiszenzen an die Vergangenheit. Doch es haben Viele das Recht aus den ehemaligen Kolonien in die Mutterländer zu übersiedeln.

Doch die politischen und wirtschaftlichen Interessen an den ehemaligen Kolonien haben dort europäische Unarten hinterlassen, von der willkürlichen Aufteilung dieser Länder, die Stämme geteilt haben bis hin zur Korruption. Nur heute meßen wir diese Länder nach unseren Maßstäben und Vorstellungen und wenn diese nicht eingehalten werden, dann wägt man ab, was für uns wichtiger ist, die Rohstoffe oder die politische Bedeutung dieser Länder. Und wenn Beides keine Bedeutung mehr für uns hat, dann sehen wir, was daraus wird.

Daher sind die Lösungen nur vor Ort in den Ländern zu erreichen. Doch dazu haben wir den entsprechenden Druck zu machen, damit die Regierungen in den betroffenen Ländern die entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden. Nein, nicht die Länder zwingen, sondern Impulse setzen, damit sie aus freiem Willen die notwendigen Änderungen vornehmen können. So ist es nicht ein aufgezwängtes Ausführen fremder Interessen, sondern eine Entwicklung, die aus den Ländern kommen würde.

Soweit hier der erste Ansatz. Nun zu den Konventionsflüchtlingen. Hier sollen bei der Aufnahme und der Registrierung die Berufe festgestellt werden. Denn damit wäre es machbar, zumindest denkbar, daß die Flüchtlinge sich soweit als möglich zunächst einmal selbst helfen könnten. Das heißt, es können sich Ärzte um die Menschen aus dem eigenen Land kümmern und damit die Exilländer entlasten. Handwerker, wie Mechaniker und alle anderen Berufe könnten damit beschäftigt werden, daß auf der einen Seite die Menschen ausgebildet werden, auf der anderen Seite könnten so auch Fahrzeuge in Stand gesetzt werden, die eventuell in Länder gegeben werden, die dringend Fahrzeuge brauchen und sich keine neuen Fahrzeuge leisten können. Und so weiter. Es würde auch die Betreuung erleichtern. Denn so bräuchten wir hier uns vor allem um die Sprachkurse kümmern.

Aber das ist nur ein Aspekt. Sicher braucht es dazu völlig andere Sozialsysteme, die nicht die allgemeinen Systeme belasten, sondern sich ergänzen. Zudem können so die einzelnen Nationen ihr Bewußtsein erhalten und das Gemeinsame ist erst einmal die deutsche oder sonstige Sprache des jeweiligen Landes. Daraus kann und soll sich jene Integration entwickeln lassen, von der zwar Alle sprechen, jedoch dem offenen Anschein nach keine Ahnung haben. Gutmensch zu sein reicht nicht aus, außer es stehen völlig andere Interessen dahinter, die sich gegen die eigenen Länder richten. Doch die Flüchtlinge dazu zu mißbrauchen, das hat mit Gutmenschen nichts zu tun. Und mit Lösungen schon gar Nichts. Doch dies ist ein anderes Kapitel.

Jedenfalls könnten so vielen Flüchtlingen, vor allem jene, die von sich aus nach Beschäftigung suchen, eine Beschäftigung gegeben werden. Es geht nicht so, wie es sich allzu Viele vorstellen. Auf der einen Seite wäre es so auch machbar, daß leerstehende Häuser in Stand gesetzt werden könnten, neue Wohnungen gebaut werden und so weiter. Es ist auch nur eine Frage der optimalen Planung. So könnten auch viele Flüchtlingslager zu neuen Dörfern entwickelt werden und

wenn diese nicht mehr gebraucht werden, entweder weiter zu verwenden oder ohne großen Ruinen zu hinterlassen abzubauen.

Es geht vor allem darum, daß die betroffenen Menschen nicht als Schachfiguren betrachtet und so zu Spielbällen von Politik und Wirtschaft werden. Die Würde der Menschen bleibt unabhängig von den Umständen, in denen sie sich befinden, erhalten und muß geschützt werden. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn nach der Herkunft aufgeteilt wird. Denn so bleibt die Übersicht gewahrt und es kann bei der Registrierung schon aufgeteilt werden. Aber es ist nur ein Gedanke.

Wird den Registrierungsstellen die vorhandenen Möglichkeiten vorgelegt, dann können diese schon abschätzen, wieviel wohin geschickt werden können. Zudem könnte auch unterschieden werden, wer Konventionsflüchtling und wer Wirtschaftsflüchtling ist. Sicher dürfen wir nicht Alle auch gleich machen, sondern nach dem jeweiligen Status mit den entsprechenden Regeln zugeteilt. Aber dies ist der zweite Schritt.

Das Problem ist und bleibt dabei die eigenen Interessen, ob Wirtschaft mit allen dazu gehörenden Einrichtungen und Problemen, wie besonders die der Gewerkschaften, deren Einwände durchaus ihre Berechtigung haben, aber Lösungen verhindern, weil Lösungen nicht nach den gewohnten Systemen und Ansichten erfolgen kann, wie ganz besonders die Politik die Ursache für Fehlentwicklungen sind. Weder werden durch Gesetze Lösungen möglich, noch durch Diskussionen. Sämtliche bekanntgewordenen Vorstellungen dienen nicht dazu, daß es zu Lösungen kommt, es ist die aktive Förderung des Extremismus im eigenen Land. Aber jedes Land bekommt auch das, was die Bevölkerung verdient.

Solange jedoch die Politik sich anderen Ansichten und Meinungen verweigert und sich einem sogenannten Mainstream unterwirft und Wahlen wichtiger sind, als die Lösung der Probleme, dürfen wir uns nicht wundern, wenn es permanent und immer rasanter in die falsche Richtung läuft. Denn die Konsequenzen sind weit gefährlicher, als die Flüchtlinge in der gesamten Masse. So sind auch nicht die Flüchtlinge schuld an der Situation, diese ergibt sich daraus, daß Alles zu uns kommt oder sogar geschickt wird. Doch auch das ist nicht das Problem, sondern wir selbst sind zum eigenen Problem geworden, weil wir für die Ursachen die Haftung und Verantwortung tragen.

Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen, durch unseren Egoismus unsere Interessen überall durchzusetzen, ob in Stellvertreterkriegen oder durch die Ausbeutung der Rohstoffe und sonstiger Ressourcen, die Situationen vor Ort sind fast ausschließlich auf uns zurückzuführen. Natürlich erscheint es nie so und dennoch ist es so. Am offensichtlichsten trifft dies jedoch auf die USA zu. Betrachten wir nur von den historischen Abläufen her die Lage, dann stellen wir fest, die USA sucht mit aller Gewalt Rußland als Feind. Daher werden immer diejenigen unterstützt, die gegen die Russen kämpfen. Wobei sicher nicht klar ist, welches konkrete Interesse vorhanden ist, Hauptsache gegen Rußland. Daß die USA nicht denken können, wissen wir hinlänglich. Zuerst liefern sie Waffen und dann bekämpfen sie diejenigen, denen sie die Waffen geliefert haben und das, obwohl diese Feinde ihre eigene Kreation war.

Die Folge ist, daß die Gruppen, die von den USA mit Waffen beliefert wurden, sich früher oder später gegen die eigene Bevölkerung wenden oder wenden können. Und das dies mit Demokratie in unserer Vorstellung nichts gemein hat, wird dann wieder als Grund zum Einschreiten herangezogen und somit haben wir permanent Krieg und Flüchtlinge und so weiter. Die Einzigen, die einen Nutzen davon haben, ist die Waffenindustrie, die daran verdient und in weiterer Folge dann die Schlepper. Die Folgekosten dürfen wir dann in Europa tragen.

EISENBahn

Das wohl größte gemeinsame Netz, welches Europa verbindet, ist die Eisenbahn. Statt, daß sich die einzelnen Bahnverwaltungen nach den Irrlichtern des Kapitalismus und der wirtschaftlichen Interessen ausrichten, wäre es geboten und angebracht, daß sich die Bahnverwaltungen in einer Weise zusammenschließen, damit sowohl die Dienstleistungen ausgeweitet werden können, sowie die Preise gesenkt und vereinfacht werden. Und ebenso die vielen Nebenbahnen, die zu erhalten wären, ja sogar auszubauen sind. Aber auch der Neubau von neuen Strecken ist in die Überlegungen miteinzubeziehen. Dazu kommt auch, daß neue technische Entwicklungen, Gedanken und Ideen als Impulse für Innovationen für die Bahn zu berücksichtigen.

Nun, dieser Gedanke betrifft Europa. Doch denke ich ihn weiter, dann kann ich diesen Gedanken auf alle Kontinente übertragen. Besonders denke ich hier an Afrika. Afrika mit der Eisenbahn zu bereisen, eine Vorstellung, die mich reizt. Denn es ist nicht alleine der Bau der Trassen, die Verlegung der Schienen und was Alles zur Eisenbahn gehört, es ist ganz besonders die Vorstellung, daß hier völlig neue energietechnische Möglichkeiten angewendet werden könnten. Eine Lokomotive mit Solarbetrieb? Unvorstellbar? Nein, es ist machbar und mehr noch, dringend notwendig. Sicher wird es auf Hybridtechnik hinauslaufen, weil in der Nacht keine Sonne scheint, also eine Kombination von Diesel und Solar. Es ist erst einmal nur ein Gedanke.

Diesen Gedanken nicht zu denken, mag nun das gute Recht eines Jeden von uns sein, aber es würde nur den Beweis erbringen, daß sich zwar eine zunehmende Masse immer stärker gegen die derzeitigen Entwicklungen richten, was nachvollziehbar ist, aber auch nur in die falsche Richtung geht, statt sich zu bemühen Gegenmodelle vorzuschlagen. Es ist viel zu einfach, die Schuld den Menschen zu geben, die wir als Asylanten, Flüchtlinge und so weiter ablehnen ohne jedoch andere Lösungsmodelle zu denken und anzubieten. Dies ist nun einmal der schwere Weg, jedoch der Weg aus der Situation heraus.

Bedenke ich, wieviel Geld dafür aufgewendet wird, die Zerstörung Europas voranzutreiben, mit der tatkräftigen Hilfe und Unterstützung der EU und deren Einrichtungen, sowie durch außereuropäische Interessen bezahlte Entwicklungen, dann denke ich mir, was Alles mit diesem Geld vor Ort erreicht hätte werden können. Die meisten Probleme wären sicherlich nie entstanden, wenn das Geld in einen praktischen Humanismus investiert worden wäre. Doch die Interessen sind nun einmal die Zerstörung Europas, anders kann ich die heutige Situation nicht verstehen, aber daß dabei und dafür wieder die Afrikaner zu den nützlichen Idioten gemacht werden, daß ist die Inhumanität der Zeit.

Bei einem eventuellen Bau eines Eisenbahnnetzes durch Afrika ergeben sich in der Folge sehr viele neue Möglichkeiten. Besonders die Beseitigung des Abfalles kann sowohl für die Energiegewinnung, wie auch für die Herstellung von Ziegel verwendet werden. Beides braucht hohe Temperaturen und so wären entsprechende Anlagen zum verbrennen des Mülls notwendig. Natürlich ist der Müll zuerst einmal zu trennen, weil die Umweltstandards nicht unseren Vorstellungen entsprechen und daher viele Arbeitskräfte brauchen. Aber es ist die Frage der optimalen Planung, wie es funktionieren kann. Und es kann funktionieren, was wieder nur eine Frage des Willens ist. Nein, nicht ob die Afrikaner wollen, sondern ob wir Europäer wollen. Hier scheitert Alles, weil wir Europäer, und auch das stimmt nicht so, es sind dies unsere Politiker, die sich in einem devoten sklavenwürdigen Verhalten vor den USA beugen, lieber allen möglichen Irrlehren und Irrglauben nachlaufen, statt aus unserem gewachsenen Entwicklungen heraus das Beste machen, ohne Rücksicht auf andere Interessen.

Während Eisenbahn verbindet, trennen diejenigen, die sich zwar auf die Werte berufen, jedoch niemals konkret die Werte benennen, von denen sie reden, damit die natürliche Entwicklung von den wirklichen Möglichkeiten und versuchen so neue Wirklichkeiten zu schaffen. So ist beim Bau solcher Eisenbahnnetze in Afrika der Vorteil darin, daß es ausreichend Arbeitskräfte gibt, wie in Europa dies ebenso wäre, wenn die Nebenstrecken erneuert, wiedererrichtet und neugebaut werden würden.

Daraus ergibt sich die Frage nach dem Sinn und Zweck der Arbeit allgemein. Die gewohnte, übliche Betrachtungsweise der Arbeit ist überkommen und bedarf einer Neudefinition. Arbeit, wie wir sie kennen kann kein Weg in die Zukunft sein, besonders dann nicht, wenn Arbeit auf ein Niveau gestellt wird. So hat jeder Beruf, jeder Zweig der Wirtschaft und im Leben andere Voraussetzungen und es ist weder sinnvoll, noch zielführend, wenn hier ein Niveau erreicht werden soll, mit der Arbeit definiert wird. Erst wenn die Gewerkschaften von sich aus begreifen, daß Arbeit nicht Arbeit ist und sich nicht unter ein Regelwerk stellen läßt, wird auch Arbeit so sein, daß Menschen davon leben werden können. Also daß in einer Familie nur eine Person arbeiten muß, damit Familien, unabhängig der Größe der Familie es ausreicht.

Doch die sicherlich größte und zugleich langfristigste Aktivität ist und bleibt der Gedanke der Eisenbahn. Sehr wohl kann dies nicht verglichen werden zwischen Afrika und Europa, aber dennoch ist es das gleiche Prinzip. Nun, es käme dabei nur darauf an, ob wir Vollbeschäftigung haben wollen oder Profit orientiertes Bauen. Je weniger Maschinen wir einsetzen, desto mehr Menschen brauchen wir für die Arbeit. Die Bezahlung muß sich nur nach anderen Maßstäben richten, statt ideologischen und politischen Vorstellungen. Dann können wir sehr wohl den Menschen sowohl genügend Arbeit geben, wie auch trotzdem ausreichend bezahlen. Das heißt aber, daß der Staat keine Steuern mehr auf Arbeitseinkommen erheben kann und darf.

In der Folge kann es auch keine Erbschafts- und Schenkungssteuern mehr geben, denn hier wären Familienstiftungen zu bevorzugen, die das allgemeine Sozialsystem entlasten. Was der Staat nicht zahlen muß, erspart er sich nicht nur, sondern kann auch die Belastungen einschränken. Aber das ist ein eigenes Thema. Dennoch kann nichts alleine von anderen Sachen gedacht werden, Alles gehört zusammen, das Eine ergibt immer das Andere.

Der Ausbau der Nebenbahnen, sowie der Neubau von Nebenbahnen würde in Europa zu einer fast Vollbeschäftigung führen, aber da nicht jeder für diese Arbeiten geeignet ist, werden nur eine große Anzahl Beschäftigung finden. Hier sind ebenfalls neue Arbeitsmodelle zu entwickeln, die nicht mehr den bisherigen Vorstellungen entsprechen, sondern sich sowohl nach den natürlichen Gegebenheiten ausrichten, wie auch nach dem Arbeitsrhythmus der Menschen entgegenkommen, dann könnten in einem angemessenen langsamen Tempo und dafür konstant an den Nebenbahnen gebaut werden.

Die unwillkürliche Frage daraus ist, wozu der Ausbau der Nebenbahnen? Zu Recht steht diese Frage hier. Nebenbahnen könnten für die Umleitung bei Störungen der Hauptstrecken durchaus sehr dienlich sein, sowie für die Erhöhung der Bahnfrequenz, vor allem im Güterverkehr. Dazu ermöglicht dieser Nebenbahnausbau, daß hier diverse Möglichkeiten wahrgenommen werden können, wie Autoreisezüge und alle Züge im Fernverkehr, die damit beschleunigt werden würden, weil die Hauptstrecken damit nicht belastet werden würden. Das heißt, Fernverkehrszüge, wie zum Beispiel Berlin nach Rom und umgekehrt, brauchen nicht mehr längere Aufenthalte in den wichtigen Bahnhöfen abzuwarten, sondern sie können sich so auf die wichtigsten Halte beschränken. Autoreisezüge und Güterverkehr hätten den gleichen Vorteil. Soviel im Grundsätzlichen.

EUROSALÄR

Unter dem Begriff Eurosälär ist zu verstehen, daß nicht den Abgeordneten das Geld für keine Leistung nachgeworfen wird, sondern damit für Arbeit und Beschäftigung gesorgt wird. Dazu gibt es genügend Vorstellungen, was an Aktivitäten und Projekten gemacht werden kann, damit die Menschen sich ihren Lebensunterhalt verdienen können. So können auch die berechtigten Flüchtlinge mit Beschäftigung versorgt werden, wie vor allem diejenigen, die unter der Arbeitslosigkeit leiden.

Es geht hier besonders darum, daß nicht die ökonomischen Interessen, Zwecke und Ziele das Maß, der Maßstab sind, sondern die Umsetzung von Vorstellungen, die sich zwar den wirtschaftlichen Interessen widersprechen, jedoch langfristig als wirtschaftlicher Nutzen erweisen können. Denn, wer aus öffentlichen Mitteln, also Steuern bezahlt wird, der hat keine Steuern zu zahlen, weil es von einer unsäglichen Dummheit ist, Steuern auf Steuergelder zu bezahlen. Steuern zu zahlen kann man nur, wenn eine Wertschöpfung erreicht wird, also aus einem Produkt ein Gewinn gemacht werden kann.

Aber hiermit sollen besonders Arbeitslose, wie auch Flüchtlinge die Chancen erhalten, daß sie durch Arbeit und Beschäftigung zumindest über definierte Zeiträume hinweg durch eigene Leistungen Geld verdienen können. So sollte es machbar sein, daß sich die allgemeine Lage beruhigt und die Wirtschaft nicht noch mehr belastet wird und abwandert. Daß die Arbeit im Normalfall schon lange nicht mehr finanzierbar ist, liegt sicher nicht nur daran, daß Manager überbezahlt sind, zwar nicht Alle, jedoch zu Viele, und daß die Belastungen des politischen Wahnsinnes, nur damit Wählerstimmen gewonnen werden können, auf diejenigen gewälzt werden, die durch immer mehr Leistung immer weniger verdienen. Angeblich regelt sich der sogenannte Markt selbst. Nur wird tunlichst vermieden zu sagen, wie.

Auch ist der Irrglaube, wenn die Zahlen größer werden, auch der Wert damit verbunden ist. Nun, je mehr für Etwas bezahlt werden muß, wird es zwar teurer, jedoch der Wert bleibt entweder gleich oder er sinkt. Jedenfalls nennt man es Inflation. Und der gleiche Irrglaube gibt vor, daß Geld sich selbst vermehrt und daher sollen die Menschen bedrucktes Papier kaufen, was als Aktien zu einem Handelsobjekt wird. Kurse steigen mit der Nachfrage und nicht mit dem realen Wert. Je größer die Zahlen, desto geringer der Wert. Auch wenn dies nur auf einen Teil zutreffen sollte, so ist dieser Teil einer der größten Verursacher jener Krisen, die immer nur in einer Katastrophe enden kann.

Doch die Menschen könnten in einen Eurosälär investieren, wobei zwar das Geld keine Zinsen trägt, dafür aber Menschen zumindest auf Zeit Arbeit und Beschäftigung verschaffen könnte. Und hier hätten die EU-Vertretungen durchaus einen existenziellen Sinn. Denn sie könnten dabei aktiv mitwirken, daß Aktivitäten und Projekte umgesetzt werden, die zu diesen Arbeiten und Beschäftigungen führen. Zudem wären sie sozusagen auch die Bankstellen für das Eurosälär, aus dem die Menschen bezahlt werden. Wie dies jedoch in der Praxis sein würde, müßte erst genau festgelegt werden, aber der Aufwand dafür ist im Verhältnis gering. Jedenfalls wären die dümmlichen Formulare überflüssig und ersparten sowohl den Empfängern, wie auch den Verantwortlichen viel Zeit und Mühen.

Während beim EU-Parlament das derzeit herrschende System zum Betrug auffordert, wie allgemein bekannt ist durch das Sitzungsgeld und den vielen Zuwendungen, wären diese Gelder weit intelligenter für diverse Aktivitäten eingesetzt. Durch diesen Usus, wie er ausgeführt wird, läßt nur einen Schluß zu. Die Politiker lassen sich kaufen. Wieviele Menschen müßen mit der Sum-

me von drei Tagesgeldern für die Sitzungen einen ganzen Monat leben? Immer mehr! Und mit wieviel Geld, was so verschwendet, um nicht veruntreuen zu sagen, könnten Aktivitäten umgesetzt und Menschen dafür bezahlt werden? Eine Menge.

KOMPATIBLE SYSTEME

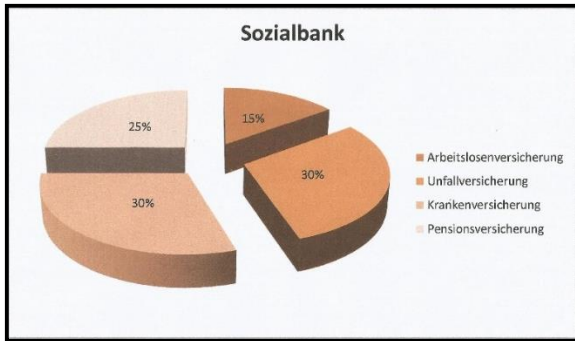
Für die EU wäre es geboten und angebracht, daß ein Grundsystem überlegt wird, welches kompatibel in der Anwendung ist. Das heißt, das System sollte für alle Länder Gültigkeit haben, jedoch können die einzelnen Länder die Sätze dazu selbst bestimmen. Aber es bedeutet genauso, daß wir von der Übersozialisierung weggehen müssen und dafür durch das System eine stabile Grundversorgung sicher können.

Das heißt, mit einem einzigen Satz sind die Sozialsysteme zu erhalten und mit einem Satz die Steuern für die Länder abzudecken. Statt wie bisher, daß Alles versteuert und belastet wird, ist grundsätzlich zu überlegen, daß die Sozialabgaben eine individuelle Abgabe ist, die dem Einzelnen und die Steuer eine allgemeine Abgabe ist, die Allen zu Gute kommt. Daher sind die Großkonzerne, Banken und Versicherungen abzuschöpfen und nicht diejenigen, die dafür sorgen, daß Arbeit und Beschäftigung geschaffen werden, sowie die Wertschöpfung erst zu Stande bringt.

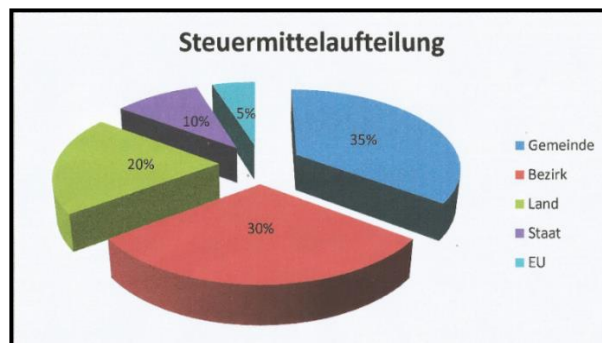
Der Grundsatz, wer den Nutzen hat, hat auch zu zahlen. Also, wer Gewinne machen will, muß für die Erhaltung des Staates beitragen. Im Gegensatz sind Sozialabgaben auf die Personen bezogen, weil die Menschen einen Nutzen davon haben und nicht der Staat. Damit sollte eigentlich in der Logik der Sache es so sein, daß diejenigen, die Profite machen, auch für den Staat Geld haben ihn zu erhalten, dafür zahlen die Sozialabgaben die Menschen, weil sie davon profitieren. Zudem kommt, daß die sonstigen Zwangsabgaben wegzufallen haben, weil nur wer will sich einem Interessensverband anschließen soll und nicht als Selbstverständlichkeit von vornherein als Belastung für die Arbeitnehmer vom Lohn abgezogen wird. Unternehmen, die sich einem Interessensverband anschließen, sollen auch dafür zahlen, aber der Zwang bei einem Interessensverband zu sein, damit dieser eine sichere Einnahmequelle hat, widerspricht jeglicher liberalen Wirtschaft. Haben etwas Kleinst- und Kleinbetriebe von den Interessensvertretungen einen Nutzen? Keinen, der die Beiträge rechtfertigen würde.

Kompatible Systeme können nur einfach sein. Das heißt, es müssen grundsätzliche System sein, die jedoch in den einzelnen Ländern mit deren Beitragsätzen gefüllt werden. Damit können die Menschen in jedem einzelnen Land arbeiten oder wohnen und bei jedem Wechsel in ein anderes Land in Europa können dann die eingezahlten Beiträge mitgenommen werden. Und einzig und alleine, wieviel der Einzelne eingezahlt hat, bekommt er oder sie dann die entsprechenden Leistungen ausbezahlt. Somit ist auf der einen Seite die soziale Absicherung gewährleistet und auf der anderen Seite haben wir dann unabhängige Systeme, die abgetrennt von der Politik arbeiten kann.

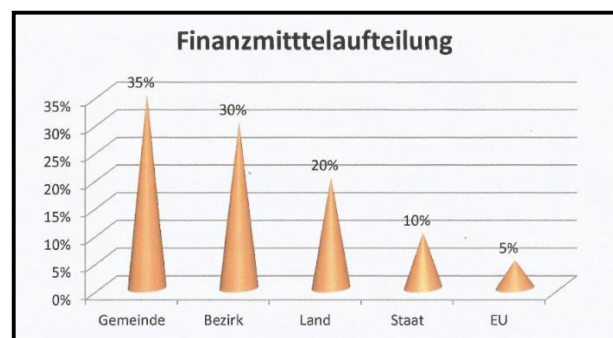
Es würde sehr Vieles vereinfachen lassen, was derzeit mit einem Verwaltungsaufwand mehr kostet, als bringt. Wenn es schon bei den Banken und den Kreditkarten funktioniert, dann muß es auch mit einer Sozialbank funktionieren.



Individualabgaben



Allgemeinabgaben



Aufteilung

DER EU INS STAMMBUCH GESCHRIEBEN:

Diesen Beitrag habe ich von Facebook aus meiner Chronik übernommen.

Vorbildliche Zivilcourage eines österreichischen Patrioten!

Veröffentlicht am August 2, 2015 von helmut mueller

Courage civique exemplaire d'un patriote autrichien

Exemplary courage of an austrian patriot

In einem Schreiben des Salzburger Erzbischofs Franz Lackner an seine „Mitbrüder im priesterlichen Dienst, Diakone und Mitarbeiter in den Pfarren“ heißt es zur Asylproblematik unter anderem: „Setzen wir unsere Kräfte ein um Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, eine neue Heimat zu schenken...“. Was so schöngeistig und salbungsvoll daherkommt hat allerdings einen ordentlichen Pferdefuß, geht es doch dabei in Zeiten der Völkerwanderung um nichts anderes als auch um die Preisgabe unserer Heimat. Empört und ohne Scheu reagierte darauf der Pfarrgemeinderat Hermann Mitterer. Er antwortete dem allzu schenkfreudigen Erzbischof wie folgt:

“Eure Eminenz!

Sehr geehrter Erzbischof Dr. LACKNER!

Mein Name ist Mag. MITTERER Hermann und ich bin, unter anderem, auch Obmann des Pfarrgemeinderates (PGR) in meiner Gemeinde. In dieser Eigenschaft hat mich Ihr Schreiben vom 27.07.15 in der Causa „Flüchtlingshilfe“ erreicht. Bevor ich auf Ihr Schreiben eingehe, möchte ich jedoch festhalten, dass dies mein ganz persönliches Schreiben ist und nicht in meiner Funktion als PGR-Obmann verfasst wird. Es ist weder mit dem PGR noch mit unserem Hochwürden abgestimmt.

Ich schreib ihnen als Vater, der sich Sorgen um die Zukunft seiner drei Kinder macht. Als Katholik, der sich um den Bestand des Christentums in Europa sorgt. Als Eingeborener, der seine Heimat liebt so wie sie ist und sich um ihr Wohl sorgt.

Aber nun zu Ihrem Schreiben: Mit unglaublicher Fassungslosigkeit habe ich Ihr Schreiben zur sogenannten „Flüchtlingshilfe“ gelesen! Nicht nur, dass ihr Schreiben die üblichen, aber mittlerweile offenbar gezielten manipulativen „Unschärfen“ in der Begrifflichkeit von „Asylsuchenden“ und „Flüchtlingen“ aufweist. Fassungslos macht darüber hinaus viel mehr ihre Forderung, diesen Menschen „(...) eine neue Heimat zu schenken (...)“!

Eminenz Sie frönen damit einem, mittlerweile in allen Institutionen Europas vollkommen außer Rand und Band geratenem Pseudo-Humanismus. Dieser Pseudo-Humanismus ist gekennzeichnet durch absurde Einseitigkeit zu Gunsten angeblicher oder tatsächlicher Opfer, die zu „Säulenheiligen der Massenmigration“ hochstilisiert werden und die alle nur denkbaren Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Und auf der anderen Seite, die alteingesessene, autochthone Bevölkerung Österreichs und Europas, die alles schweigend und möglichst begeistert zu akzeptieren, zu ertragen und zu bezahlen hat. Bis hin zum Verlust ihrer angestammten Heimat!

Ihre Forderung ist entweder unglaublich naiv und/oder zeugt von einer ausufernden Ahnungslosigkeit in Bezug auf soziologische, psychologische und anthropologische Gesetzmäßigkeiten. Darüber hinaus ist sie in ihrer wirtschaftlichen, politischen, sozialen und religiösen Konsequenz im freundlichsten Falle vollkommen verantwortungslos! All dies mutet auf Grund ihrer offensichtlichen Intelligenz mehr als seltsam an. Bevor ich auf einige der Konsequenzen ihrer

unerhörten Forderung eingehe, möchte ich kurz einige Rahmenbedingungen in Erinnerung rufen, innerhalb derer Sie diese stellen!

Einige Rahmenbedingungen der Masseneinwanderung

Täglich kommen ca. 200, 300 bis 400 so genannte „Asylanten“, „Flüchtlinge“, „Migranten“, etc. in unser Land, und das seit Monaten! Die Illegalen und die bereits hier lebenden, scheinen in dieser Aufzählung noch gar nicht auf. Ich lebe in einer kleinen Gemeinde mit ca. 750 Einwohnern. Das bedeutet, dass jeden 2. Tag (!) eine komplette neue Gemeinde in dieser Dimension entsteht. Dass sich die Einwohner des Staates Österreich mittlerweile zu ca. 20% aus Zugewanderten zusammensetzt, darf hier der Vollständigkeit halber auch noch erwähnt werden. Dieses Verhältnis wird sich in den nächsten 20 bis 30 Jahren noch radikal zu Ungunsten der angestammten Bevölkerung verschieben.

Aber wer ist das, die nach Ihren Worten nicht nur ein Asyl-, sondern sogar ein „Heimatrecht“ haben sollen! Wobei Ihnen natürlich bewusst ist, dass ein „Heimatrecht“ in diesem Sinne aus keiner UNO- und keiner Menschenrechts-Konvention und auch nicht aus dem Völkerrecht abgeleitet werden kann. Und Sie wissen natürlich auch sehr genau, dass Ihre Formulierung, den Flüchtlingen, oder was immer sie sein mögen, „(...) eine neue Heimat zu schenken (...)“ weit über alles hinaus geht, was jemals der Sinn des Asylrechtes war! Asylrecht ist ein begründetes Bleiberecht auf Zeit, für eine spezielle und ganz klar definierte Personengruppe!

Nochmal, wer sind aber nun diese „Flüchtlinge“, denen Sie sofort eine neue Heimat bei uns anbieten? Es sind mit überwiegender Mehrzahl, 75 – 80%, junge Männer im Alter zwischen 18 und 35 Jahren. Die in den Medien so gerne und oft genannten und gezeigten Familien sind die verschwindende Minderzahl! Aber auch dass, Eminenz, wissen sie natürlich.

Alleine die pure Anzahl kommt schon einer Zivilokkupation gleich! Übertrieben? Wohl kaum. Es gibt alleine für Afrika die Schätzung, dass ca. 400 Millionen, wiederum meist junge Männer, „ausreisewillig“ Richtung Europa sind. Alleine für das Jahr 2015 werden für Österreich ca. 75.000 und für die BRD ca. 500.000 erwartet – Ende nicht in Sicht. Wollen sie allen Ernstes für diese gigantische Zahl eine neue Heimat zur Verfügung stellen? Wollen sie für alle notleidenden dieser Welt, dass wir ihnen bei uns eine neue Heimat geben? Und das in einer Region, die ohnedies schon zu einer der am dichtest besiedelten der Welt zählt.

Die Gründe für diese Masseneinwanderung

Warum wird weder von Ihnen, noch in der veröffentlichten Darstellung so gut wie nie die Frage gestellt, warum sich denn diese Menschen überhaupt aus dem Kosovo, aus Afghanistan, aus dem Irak, aus Syrien, aus Somalia, aus Schwarzafrika, aus Libyen und den anderen Maghreb-Staaten, etc. zu uns in Bewegung setzten?

Könnte es vielleicht daran liegen, dass diese Menschen dort Opfer eines enthemmten, globalistischen Raubtier- und Casinokapitalismus geworden sind? Könnte es sein, dass sie ihrer Überlebensbedingungen beraubt wurden? Ausgebeutet durch ungerechte Handelsabkommen und von korrupten regionalen Eliten, die durch westliche Regierungen und Großkonzerne an der Macht gehalten werden? Opfer neoimperialer Kriege – natürlich unter dem moralischen Deckmäntelchen von „humanitären Interventionen“ – der westlichen Staaten, die im Dienste der Gewinnmaximierungsinteressen einiger weniger globaler Wirtschafts- und Hochfinanz-Oligarchen geführt werden?

Wer hat denn die katastrophalen Kriege, um nur die der letzten Jahre zu nennen, in den oben erwähnten Ländern und Regionen losgetreten? Wo war denn Ihre Österreichische Bischofskonferenz mit mahnenden Worten, als diesen Menschen ihre angestammte Heimat und ihre Lebensgrundlage zerstört wurden? Aber wer stellt sich schon gerne gegen die geballte Kraft der 0,1%-Global-Oligarchie? Da ist es schon weniger riskant dem „einfachen Volk“ Opfer abzuverlangen, oder?

Aber kommen wir nach Österreich: Wer setzt sich hier so gerne für diese, oft tatsächlich armen Menschen ein? Sie haben eine der „Säulen“ der Migrationsindustrie – denn um eine solche, die mit horrenden Steuergeldern finanziert wird, handelt es sich nämlich – mit der CARITAS bereits genannt. Sie wissen sehr genau, dass z. B. diese CARITAS und unzählige Migrationsvereine, Hunderte Juristen, etc. Unsummen aus Steuergeldern erhalten, um angeblich Probleme „zu lösen“, die die westliche Finanz- und Wirtschaftsoligarchie in Verfolgung ihrer Gewinnmaximierungsinteressen erst losgetreten haben. Diese Migrations-Vereine haben ein „natürliches“ Interesse daran, immer mehr und mehr Flüchtlinge, nach Europa und nach Österreich zu bringen, damit ihre eigene Finanzierung aus Steuergeldern möglichst lange sichergestellt ist. Aber das wissen Sie natürlich, Eminenz.

Zu dieser Realität gehört auch, dass mehr als 80%(!) aller Asylanträge mangels an Anspruch abgelehnt werden! Aber es ist auch Realität, dass die überwiegende Mehrzahl der abgelehnten Asylbewerber dennoch bleiben darf! Der Rechtsstaat wird Tag für Tag, aus ideologischen Gründen und aus Profitsucht ad absurdum geführt.

Haben Sie sich oder einer Ihrer Brüder in der Bischofskonferenz hierzu schon einmal zu Wort gemeldet? Mir ist nichts dergleichen bekannt. Und damit nehmen sie billigend in Kauf, dass das Boot dann für wirkliche Asylsuchende eines Tages tatsächlich voll ist! Wer schweigt macht sich mitschuldig! Und wer dazu aufruft, allen Armutsflüchtlingen der Welt hier eine Heimat zu schaffen, ebenfalls! Aber auch das wissen sie natürlich. Also, damit wäre der Rahmen zwar nicht erschöpfend, aber doch hinreichend umrissen, innerhalb dessen Sie unsere Heimat Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen, Armutsflüchtlingen überantworten wollen!

Einige Konsequenzen Ihres „großzügigen Angebots“ einer „neuen Heimat“: Einige wirtschaftliche Konsequenzen

Europa steckt seit Jahren in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit mindestens 80 Jahren. Die Sockelarbeitslosigkeit liegt bei mehr als 30 Millionen Beschäftigungslosen – Tendenz steigend! Alleine die technische Entwicklung der Automatisierung wird nach Schätzungen von Fachleuten in den nächsten 15 bis 20 Jahren jeden 8.(!) Arbeitsplatz vernichten! Die Jugendarbeitslosigkeit, besonders in den südlichen Staaten der EU, liegt teilweise jenseits der 50%(!). Ohne Aussicht auf Besserung!

Die schon früher hoch verschuldeten, mehr oder weniger „reichen“ Staaten der EU, sind auf Grund diverser Banken- und geheuchelter „Staatsrettungen“, die letztlich auch nichts anderes waren als wiederum Bankenrettungen, mehr oder weniger am Ende. Letzte Zwischenrettung für diesen Casinokapitalismus scheint offenbar nur noch der Zugriff auf die Ersparnisse der Bürger zu sein. Die Vorschläge zur Abschaffung von Bargeld und zur Einführung von Negativzinsen lassen grüßen! Und in diesem, finanziell bereits weitgehend abgewirtschafteten Europa, wollen sie allen „Flüchtlingen“ der Welt eine neue Heimat anbieten? Was glauben Sie, was passiert, wenn die Verteilungskämpfe nach dem wirtschaftlichen Kollaps erst richtig losgehen? Oder glauben sie, dass diese Millionen junger Männer, ohne Schul- und Berufsausbildung, tatenlos zusehen werden, wenn man ihnen dann die Sozialleistungen streicht? Was werden sie wohl tun, wenn sie realisieren, dass sie letztlich nie eine realistische Aussicht haben werden, sich aus ihren prekären Verhältnissen zu befreien? Falls Sie deren Problemlösungsstrategien noch nicht kennen, werfen Sie einen Blick in ihre Herkunftsländer.

Einige politische Konsequenzen

Alle führen immer den hohen Wert der Demokratie auf ihren Lippen. Aber hätten wir tatsächlich Demokratie, also Volksherrschaft, in Österreich und in Europa, dann müßten unser Politiker schon lange zum Schutz der Bevölkerung tätig werden und diese Masseneinwanderung unterbinden! Auch hat die Bevölkerung in überwiegender Mehrzahl seit Jahrzehnten eine ganz andere Vorstellung zum Thema Einwanderung als die politische Klasse. Sie wurde aber nie gefragt! Die Bevölkerung wurde „volkspädagogisch“ mit den Mitteln der medialen und bil-

dingpolitischen Manipulation in den moralischen Schuldturn getrieben und mental entwaffnet, um ja nicht aufbegehren zu können! Und fruchtet das einmal nicht so ganz, dann stand und steht schon auch mal gerne die Justiz „Gewehr bei Fuß“, um sogenannte „Hass-Delikte“, gemeint sind natürlich nicht konforme Meinungen, medienwirksam und daher für alle erkennbar zu ahnden!

Jeder der sich nur ein wenig ideologiefrei mit Historie, Gesellschaftsentwicklung und Politik beschäftigt weiß, dass multikulturelle Gesellschaften Multi-Konflikt-Gesellschaften sind! Erst recht gilt dies, je weiter die gesellschaftspolitischen Wertmaßstäbe, wie z. B. zwischen einem totalitär-entgrenzten Liberalismus, der keine wie immer gearteten Grenzen akzeptiert und einem Islam, der schon für die geringsten Vergehen harte körperliche Strafen bis hin zur Todesstrafe vorsieht, auseinanderklaffen!

Gendermainstreaming, Homo- und Frühsexualisierung der Gesellschaft und Islam schließen sich nun einmal gegenseitig und unüberbrückbar aus! Hier funktioniert dann auch die demokratische Methode nicht mehr. Denn die demokratische Methode setzt einen grundsätzlichen Konsens der Gesellschaft in den elementaren Eckpfeilern ihres Seins voraus! Fehlt dieser grundsätzliche breite Konsens, dann kommt es tatsächlich zur Diktatur der 51% über die 49%!

„Balkanisierung“ und „Libanonisierung“ sind nicht zufällig politikwissenschaftliche Fachbegriffe, um multiethnische Staaten und Regionen, die entlang dieser Konfliktlinie zerbrochen sind, zu beschreiben und zu kategorisieren. Dass sich besonders die 2. und 3. Generation der muslimischen Einwanderer radikal gegen unsere Lebensweise stellen, zeigen nicht zuletzt die tausenden Freiwilligen aus Europa, die in den Reihen des Islamischen Staates und anderer islamischer Terrorgruppierungen kämpfen.

Wer das nicht sehen kann, ist entweder vollkommen uninformiert oder ideologisch verblendet! Aber wie auch immer: Mit dieser Vorgangsweise, die Sie noch mit einem „Heimatrecht für alle“ unterstützen wollen, zerstört man die Grundlagen der Demokratie und der demokratischen Gesellschaftsordnung!

Einige soziale Konsequenzen

Diese jungen Männer wollen nicht nur materielle Verbesserungen für sich erreichen. Sie haben auch menschliche – männliche – Bedürfnisse nach Zuneigung, Befriedigung ihres Geschlechtstriebes und nach Familie! Wo sollen die Frauen herkommen, die sie zur Befriedigung dieser Bedürfnisse benötigen? Aus ihren Heimatländer?

Wollen Sie diesen Millionen Frauen in Österreich und in Europa auch eine „neue Heimat“ geben? Wollen Sie zu den Millionen junger Männer, die keine realistische wirtschaftliche Perspektive haben, noch Millionen junger Frauen hinzufügen, denen dasselbe Schicksal droht? Das würde wohl zum totalen gesellschaftlichen Zusammenbruch in Europa und in Österreich führen! Also, sie werden „gezwungen“ sein, sich den einheimischen Frauen „zuzuwenden“.

Wir werden also nicht nur materielle Verteilungskämpfe erleben, sondern auch den Kampf um die Fortpflanzung, wie er das Leben auf Erden seit Anbeginn kennzeichnet. Übertrieben? Wohl kaum. So hat z. B. vor wenigen Wochen eine Schulverwaltung in Niederbayern ihre Schülerinnen aufgefordert, sich „angemessen“ zu kleiden, um die „Flüchtlinge“, die in der Turnhalle der Schule einquartiert sind, „nicht unnötig zu reizen!“ Ich könnte die Beispiele mit weit schlimmeren Konsequenzen für die einheimische Weiblichkeit noch weiter fortsetzen.

Darüber hinaus wissen Sie sehr genau, Eminenz, dass die österreichische und europäische Bevölkerung nach Jahrzehnten des enthemmten Liberalismus, einer damit einhergehenden Entchristianisierung und einer vollkommenen Pervertierung des Toleranzbegriffes, gar nicht mehr die seelisch-mentale Kraft hat, diesen radikalen Entwicklungen entgegen zu treten und ihnen Stand zu halten.

Der geniale Papst Benedikt XVI. hat dies mit der Begrifflichkeit der „Kultur des Todes“ prägnant auf den Punkt gebracht. Ich verkneife mir hier jetzt die Frage, was die Bischofskonferenz und die Herrn Bischöfe, jeder ganz persönlich, in ihre Bistümern dazu beigetragen haben, dieser totalitären Entgrenzung aller Lebensbereiche „mannhaft“ und mit den geistigen Waffen des Evangeliums und der katholischen Lehre entgegen zu treten.

Der Klerus hat die Gläubigen schon in der Auseinandersetzung mit diesem enthemmten Liberalismus im Stich gelassen und sich opportunistisch dem Zeitgeist angedient. Sollte die Kirche und ihre Würdenträger die autochthonen Völker Europas in ihrem Überlebenskampf um ihre Heimat auch im Stich lassen, dann wird das Christentum in Europa mit diesen Völkern untergehen. Können Sie Sie und ihre Brüder, wenn Sie eines Tages vor dem Herrn stehen und Rechenschaft ablegen müssen, den Verlust Ihrer Herde rechtfertigen?

Meine Ausführungen sind nur kurze Abrisse einer noch viel umfangreicheren und komplexeren Entwicklung und Bedrohung! Und obwohl Sie, Eminenz, das alles sicherlich wissen, stellen Sie eine solche Forderung auf? Wollen Sie tatsächlich – nicht zuletzt auch persönlich – für die „Balkanisierung“ und den damit einhergehenden (Bürger-)Kriegen verantwortlich sein? Überdenken Sie, was Sie vielleicht leichtfertig und aus welchen Gründen auch immer, gefordert haben, denn Sie – und wir alle (!) – könnten es bekommen!

Ich werde mich weder als Obmann des PGR, noch als Katholik und schon gar nicht als (noch halbwegs) freier Bürger an diesem naiven, heuchlerischen und selbstzerstörerischen Masseneinwanderungswahn – unter dem Deckmantel eines Pseudo-Humanismus – beteiligen. Ganz im Gegenteil! Ich bitte den Herrn um seinen Segen für Sie und alle die guten Willens sind diese Welt überall auf dem Globus in seinem Sinne menschenwürdig zu gestalten!

Ich verbleibe mit der Hochachtung, die ich Ihrem Amt als Erzbischof schulde!

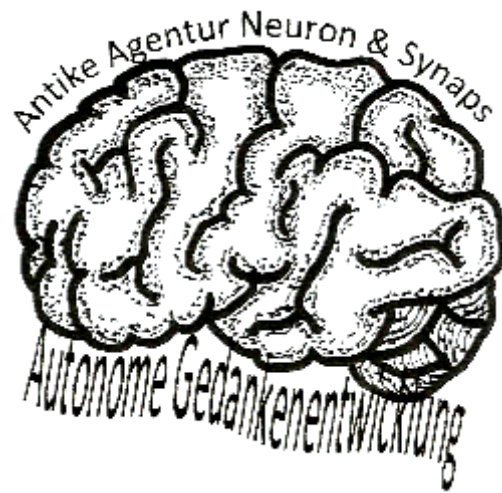
Mag. MITTERER Hermann, MBA”

Quelle:

[Helmut Muellers Klartext](#)

kritisch querzeitein

HELMUTMUELLER.WORDPRESS.COM



Impressum:

Herausgeber: Burghard Ostertag

Adresse:

Ardetzenbergstraße 2

A-6800 Feldkirch

Österreich

Email: mediendienst@a1.net